

Die Ameise

Verbandsorgan der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Immer strebe zum Ganzen und kannst Du selber kein Ganzes werden

□ □ □ Als dienendes Glied schließ an ein Ganzes Dich an □ □ □

Redaktion, Expedition und Verlag: Charlottenburg — Privat-Postabonnement für das Vierteljahr 2 Mark

Nr. 50

Charlottenburg, Freitag, den 13. Dezember 1912

Jahrg. 39



Vollsperrren: Altwasser (C. Tielsch & Co.) Flörsheim a. M. (Wilhelm Dienst). Fraureuth. Hannover (Schilderfabrik W. Rose). Köppelsdorf (Phil. Koch). Rheinsberg. Schney. Schwarzenbach (Kleinteich). Steinbach i. Th. (Göb & Heine). Untermhaus (Röhl).

Halbsperrren in Deutschland: Bonn (Mehlem). Fürstenberg a. Weiser. Hennigsdorf bei Berlin. Königszell. Kranichfeld. Krummenaab. Meuselwitz. Oeslau (Göbel). Passau. Reichenbach. (Schwabe & Co.). Schlierbach. Sörnewitz. Triptis.

Sperrren in Oesterreich: Belapatfalva (Prusintz). Buchau (Plass & Köfner). Gießhübl (Joh. Schuldes). Krawsta (L. Fiala & Sohn). Meretitz bei Klosterle (Julius Neumann). Prag (Maleret Scharrer & Co.). Pirkenhammer (Fischer & Mieg).

Beachtenswertes für Unfallverletzte und deren hinterbliebenen Witwen bei Unfallrenten-„Kapitalabfindungen“.

In letzter Zeit versuchen die Berufsgenossenschaften — also noch vor dem Inkrafttreten dieses Teiles der Reichsversicherungsordnung — die Unfallverletzten besonders für „Kapitalabfindungen“ zu gewinnen, welches nach § 95 des Gewerbeunfallversicherungsgesetzes noch heute zulässig ist, wenn ein Unfallverletzter nur 15 Prozent oder weniger Rente erhält. Nach dem Inkrafttreten der Reichsversicherungsordnung können die Berufsgenossenschaften auf Grund des § 616 dieses Gesetzes nach Anhören der Versicherungsämter die Verletzten dagegen abfinden, wenn diese 20 Prozent oder weniger Rente (also ein Fünftel der sogenannten Vollrente) beziehen. Anscheinend haben aber die Berufsgenossenschaften mit dem Inkrafttreten der Reichsversicherungsordnung „größere und wichtigere Arbeiter“ zu erwarten, weshalb sie sich mit den kleineren Unfallverletzten empfindern noch vorher „abfinden“ wollen. Es dürfte leicht angebracht sein, hier Winke und Ratsschläge unsern Unfallverletzten — den Ärmsten der Armen — zuteil werden zu lassen, damit diese bei eventuellem Herantreten der Berufsgenossenschaften genügend informiert sind über die sogenannten „Kapitalabfindungen“, weil hierüber sicherlich Unkenntnisse in jeder Hinsicht vorhanden sind.

Eine Unfallrenten-„Kapitalabfindung“ kann auf Antrag des Verletzten oder der Berufsgenossenschaft geschehen. Gegen den Willen eines Verletzten kann natürlich die Berufsgenossenschaft keine „Kapitalabfindung“ vornehmen. Stellt nun ein Unfallverletzter der Berufsgenossenschaft einen „Kapitalabfindungsantrag“, so muß er von derselben vor Annahme darüber belehrt werden, daß er nach der „Abfindung“ niemals und keinerlei Ansprüche auf Unfallrente mehr — selbst bei wesentlicher Verschlimmerung der Unfallfolgen — zu stellen berechtigt ist.

Selbstverständlich kann aber auch die Berufsgenossenschaft zur Annahme eines „Kapitalabfindungs“-Antrags durch einen Unfallverletzten nicht gezwungen werden. Auch über die Höhe der Unfallrenten-„Kapitalabfindung“ kann ein Verletzter der

Berufsgenossenschaft keine Vorschriften machen, sondern er muß sich mit dieser darüber gütlich verständigen, wenn er durchaus die „Abfindung“ erstrebt. Selbst das im Berufungsverfahren angerufene Schiedsgericht für Arbeiterversicherung kann die Höhe der Abfindungssumme nicht ändern, sondern nur auf Bestätigung oder Aufhebung des strittigen Abfindungsbescheides erkennen und ist das Rekursverfahren hierin ausgeschlossen.

Anders steht es mit den unfallverletzten Ausländern, die Deutschland verlassen und ihren Wohnsitz hier aufgeben wollen. Der Ausländer kann auf Antrag mit dem dreifachen Betrage seiner Jahresrente, auch wenn er über 15 Prozent Rente pro Jahr erhält, abgefunden werden, was auch nach § 617 der Reichsversicherungsordnung noch später zulässig ist. Auch hierin sind weiterhin Rekurse gegen die Schiedsgerichtsentscheidungen beim Reichsversicherungsamt in Berlin und den Landesversicherungsämtern der einzelnen Bundesstaaten zulässig.

Ebenso kann die Witwe eines durch Unfall Getöteten abgefunden werden, wenn diese sich später wieder verheiratet. In diesem Falle muß die Berufsgenossenschaft 60 Prozent des Jahresarbeitsverdienstes (auch später nach § 589 der Reichsversicherungsordnung) dieser Witwe gewähren. Die übrigen Hinterbliebenen, als z. B. Kinder unter 15 Jahren, können nicht „abgefunden“ werden von der Berufsgenossenschaft, was besonders noch erwähnt sei.

Dieses dürften bei den sogenannten „Kapitalabfindungen“ die wichtigsten Bestimmungen für Unfallverletzte und deren hinterbliebenen Witwen sein. Dennoch können wir diese „Kapitalabfindungen“ — außer für die Witwen festgesetzt — nicht befürworten, sondern müssen davor warnen! Wie häufig können Verschlimmerungen der Unfallfolgen eintreten, und die Verletzten stehen mittel- und hilfslos da mit ihren Familien! Auch gehen die Berufsgenossenschaften nur dort auf „Kapitalabfindungen“ ein, wo diese ein gutes Geschäft dabei machen können. Sehr häufig werden Anträge auf „Abfindung“ zur Rentenherabsetzung oder völliger Entziehung durch die Berufsgenossenschaft verwertet! Der Antragsteller resp. Rentempfänger wird plötzlich zum Vertrauensarzt der Berufsgenossenschaft beordert, der dann Gewöhnung und Anpassung an die neue Lage herbeiführen muß! Die Illusionen der „Kapitalabfindungen“ von acht- bis zehnprozentigen Unfallrentenbeträgen an Unfallrentner sind bei den Berufsgenossenschaften heute nicht mehr vorhanden. Deshalb soll ein Unfallverletzter eine Unfallrenten-„Kapitalabfindung“ in seinem eigenen Interesse nicht beantragen und bei eventuellem Angebot der Berufsgenossenschaft dieses ablehnen! Nur dann dürfte er mit Familie auch für die Zukunft so einigermaßen bei Unfallfolgenverschlimmerungen vor der allgrößten Sorge und Not geschützt sein.

Die deutsche Arbeiterversicherung aus sozialem Mitleid geboren?

Die „Deutsche Arbeitgeberzeitung“ sucht in ihrer Nr. 42 vom 20. Oktober 1912 durch einen Artikel: „Nichtseiten der Sozialversicherung?“ ihren Lesern die Sozialversicherungs-Gesetzgebung zu vereteln, und sie, wenn auch in verkappter Weise, geben dieselbe aufzureizen. Sie behauptet: „Die deutsche Produktion ist allein, was Löhne anbelangt, infolge der Beiträge zur Arbeiterversicherung, um 7 bis 8 pCt. teurer als

die ausländische." — Gemeint sind natürlich die Beiträge der Arbeitgeber. — Festhalten wollen wir, daß die „Arbeitgeberzeitung“ die Beiträge zur Arbeiterversicherung ausdrücklich als Löhne bezeichnet. Sie fährt fort: „Diese Lasten betrugen in den Jahren 1885 bis 1910 über 11 Milliarden Mk., von denen die Arbeiter nur etwa $4\frac{1}{2}$ Milliarden an Beiträgen zahlten, während ihnen über 8 Milliarden zu gute kamen.“ Nun, so haben die Arbeiter immerhin über die Hälfte dessen, was ihnen zugute kam, selbst aufgebracht.

Doch nicht nur die Arbeitgeber, sondern auch alle andern Kreise der Bevölkerung sollen als Konsumenten gegen den Ausbau der Sozialversicherung scharf gemacht werden. Die „Arbeitgeberzeitung“ bestreitet, daß infolge der Sozialversicherung die Konsum- und Kaufkraft der breiten Massen gestiegen sei. Sie behauptet vielmehr: „Die zwei Millionen täglich, mit der sie unsere Produktion bisher belastete, sind mit in erster Linie schuld an der von allen Schichten der Bevölkerung auf das tiefste und schmerzlichste empfundenen Preissteigerung aller Produkte, die zu einer Teuerungskrisis zu führen droht. Und wenn diese Belastung in Zukunft noch $1\frac{1}{2}$ Millionen sich erhöht, so werden wir mit einem weiteren Anziehen der Preise rechnen müssen, ohne daß die Hoffnung sich erfüllen wird, daß es sich um eine vorübergehende Erscheinung handeln möge.“

Da zerbrechen sich unsere Nationalökonomien den Kopf, um die Ursachen der Preissteigerung aller Produkte zu ergründen; sie hätten ja einfach zur „Deutschen Arbeitgeberzeitung“ gehen können, die hätte es ihnen schon gesagt. — Also wenn das Kohlen Syndikat die Kohlenpreise erhöht, so sind die Witwen- und Waisenrenten, welche die Hinterbliebenen der verbrannten Bergarbeiter erhalten, mit in erster Linie schuld daran usw.

Daß die Sozialversicherung die Arbeitsfreudigkeit und Leistungsfähigkeit der Arbeiter gehoben hat, bestreitet die „Arbeitgeberzeitung“ ebenfalls; sie schreibt: „Im Gegenteil! Wenn unsere Produktion nicht ihre höchstmögliche Steigerung erfahren hat, so ist dafür mit in erster Linie die Sozialversicherung verantwortlich zu machen, die unter den Versicherten die Rentensuche und Rentenhysterie großgezogen hat.“

Es wäre demnach nicht zu verwundern, wenn die „Arbeitgeberzeitung“ in jedem um die Gewährung einer Rente kämpfenden Arbeiter einen Betrüger sieht, der sich unter allen Umständen eine Rente ergattern will. — Sie schreibt: „Eine Institution, wie die deutsche Arbeiterversicherung, die aus sozialem Mitleid heraus geboren ist, sollte nicht zur Spekulation auf dieses herausfordern, wie es unter anderm auch durch die milde Praxis des Reichsversicherungsamts geschieht, sondern müßte im Sinne strengster, unnachlässiger und eben darum wirklich sozialer Gerechtigkeit gehandhabt werden.“

Das ist wohl in Ansehung der wirklichen Verhältnisse das höchste, was aus Arbeiterhaß und Arbeiterverachtung geleistet werden kann. — Da die „Deutsche Arbeitgeberzeitung“ die Beiträge zur Sozialversicherung selbst als Löhne bezeichnet, so dürfte es nicht ausgeschlossen sein, daß sie demnächst erklärt: Daß die Arbeitgeber Arbeiter beschäftigen und Lohn zahlen, ist aus sozialem Mitleid heraus geboren.

Die Scharfmacher und deren Helfershelfer.

Die „Leipziger Volkszeitung“ berichtete:

Am 24. November 1912 fand in Halle a. S. ein vorläufiges Beratungsgespräch zwischen den Delegierten der verschiedenen sozialistischen Organisationen statt. Hauptgegenstand der Beratung war es, es handle sich darum, die vaterländische Bewegung zu fördern. Die Herren sollten etwas mehr Opfer bringen, da die Kassen vollständig leer wären. Ferner wäre aber noch mitzuteilen, daß der Pastor Richter sich angeboten hatte, über die evangelischen Vereine einen kurzen Vortrag zu halten, wenn die Anwesenden damit einverstanden wären.

Generalsekretär des Reichsverbandes zur Belämpfung der Sozialdemokratie Michaelis sprach in abfälliger Weise über die evangelischen Arbeitervereine, welche nicht leben und nicht sterben könnten. Ihm und mehreren Fabrikanten sei es gelungen, eine vaterländische Bewegung zu schaffen, die im Gegensatz zu den evangelischen Arbeitervereinen keine religiösen noch politischen Tendenzen verfolge und doch das beste Mittel zur Belämpfung der Sozialdemokratie und Gewerkschaften darstelle. Es sei kein Verein zur Belämpfung der Sozialdemokratie, sondern ein Verein zur Aufklärung und — zur Förderung der Interessen der Unternehmer. Letzteres sei zwar nicht offensichtlich, jedoch sollen diese Vereine Streiks stets verhindern. Der Verein habe den Unternehmern schon sehr gute Dienste

geleistet. (Sehr richtig! von mehreren Herren.) Der Redner geht auf das Statut ein, worin im ersten Paragraphen ausdrücklich steht, daß kein Mitglied der sozialdemokratischen Partei oder überhaupt einer Gewerkschaft angehören dürfe. Die Beteiligung am Streik ist ebenfalls verboten.

Michaelis erklärt weiter, daß die evangelischen Arbeitervereine auf keinen grünen Zweig kämen, weil sie im Gegensatz zu dem vaterländischen Verein nicht nur aus Arbeitern, sondern aus Pastoren und auch zur Hälfte aus selbständigen Handwerkern bestehen. Gerade das wäre der Krebschaden. Das Bestreben in dem vaterländischen Verein gehe dahin, nur Arbeiter in den Verein aufzunehmen, aber auch keine Unterstützung direkt zu geben. Die Unterstützungseinrichtungen, Sterbegeld für Mitglieder, deren Frauen und Kinder, sowie Krankenunterstützungen, müßten aus den Beiträgen der Mitglieder gezahlt werden. Auch die Verwaltung müsse in die Hände von Arbeitern gelegt werden, damit diese immer mehr Vertrauen (!) zu dem Verein bekämen. Die Beiträge langten auch dazu aus, denn die Unterstützungen kosteten nicht das meiste, sondern die Agitation zur Förderung des Vereins verschlinge große Summen, daher die Ebbe in der Kasse. Diese Agitationskosten könnten nicht von den Mitgliedern getragen werden. Die Mitglieder brauchen garnicht zu wissen, was das kostet und woher das Geld kommt.

Pastor Richter erhielt nun das Wort und führte aus, daß es so doch nicht weitergehen könnte. In zahlreichen Orten gäbe es zwei Vereine, die in Wirklichkeit dasselbe Ziel verfolgten: die Sozialdemokratie zu bekämpfen. Die evangelischen Arbeitervereine seien in Sachsen nicht mehr das, was sie waren. Wenn der Name viele abhalte, so könne doch gar nichts hindern, den Namen zu ändern.

Nun berichtete Pastor Richter weiter, in Sachsen wäre es ihm gelungen, über 60 000 Arbeiter in diesen Vereinen zu vereinigen. Es müsse aber sehr vorsichtig zu Werke gegangen werden. Er lasse Leute zu Sekretären heranbilden. Der Hauptzweck sei dabei, die rednerische Begabung zu wecken, um es richtig auszudrücken, die Leute zu Großklappen zu ziehen. Diese Großklappen werden dann in die Betriebe geschickt und sind dann die Agitatoren unserer Vereine, verhüten Streiks und suchen immer mehr die Harmonie zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer herzustellen. Diese Leute besitzen das volle Vertrauen ihrer Mitglieder, weil sie eben immer unter ihnen sind und nichts aus der Kasse bekommen, wo die Arbeiter hinfeuern, sondern aus der Kasse, in die die Herren Unternehmer freiwillig steuern. In diesem Jahre hat die Summe 100 000 Mark erreicht, und damit läßt sich doch etwas anfangen. Bergrat Fabian fragt, ob der Verein überhaupt Streiks zulasse. Hier windet sich der Herr Pastor, sagt aber dann nein. Dieses Nein dürfe man aber nicht so ohne weiteres aussprechen, um der wirklichen Sache nicht zu schaden. Als Bergrat Fabian ruft: „Also dulden Sie die Gewerkschaften, nur die sozialdemokratischen nicht?“ antwortete Pastor Richter: „Meine Herren, wir verbieten die Streiks nicht direkt, sonst würden wir erstens das Vertrauen verlieren. Wir dulden es stillschweigend, raten aber mit allem Ernste immer von Streiks ab. Wir erfahren jede Bewegung und zeigen sie den Unternehmern an. Dadurch können die Bewegungen im Keime erstickt werden.“

Generaldirektor Zell schlägt vor, im Prinzip abzustimmen, und führt aus, es sei doch klar, wenn hier ein Wunsch geäußert würde, daß diese dann von den Mitgliedern angenommen würde. Als Pastor Richter antwortete: hergegeben werden, die Verantwortung für das, was da geschieht, liegt bei den Unternehmern, wie die Unternehmer ausgebeutet werden. Heute kommt ein Herr und sagt, ein gutes Mittel zur Belämpfung der Sozialdemokratie ist gefunden, es kostet aber Geld, Sie werden doch auch etwas dazu beitragen. Raum ist er heraus, kommt schon wieder ein anderer, mit einem angeblich noch besseren Mittel. So geht es weiter, ohne daß auch nur im entferntesten das richtige Material gefunden wird. Seiner Meinung nach sind das oft unnötige Ausgaben. Hier aber biete sich nun Gelegenheit, etwas Großes zu schaffen, und da wollen wir zugreifen.“

Im Prinzip wurde nun der Verschmelzung zugestimmt. Michaelis und Richter sollen das Weitere beraten: eine nochmalige Sitzung solle später stattfinden. Bergrat Schrader appellierte an die Opferwilligkeit der Anwesenden, da festgestellt sei, daß vollständige Ebbe in der Kasse ist.

Die Vermählung der Kanarienvögel mit den evangelischen „Großklappen“ hat aber nicht geklappt, vielmehr ist bei diesem Experiment der Herr Pastor Richter, der diesen Bund einsegnen wollte, über Bord gegangen. Die „Dresdener Nach-

richten brachten im Laufe des vergangenen Sommer darüber folgende Meldung:

„Der Führer der nationalen Arbeiterbewegung in Sachsen, Herr Pastor Richter, Königswalde, hat sein Amt niedergelegt. Wie wir hören, waren zwischen Herrn Pastor Richter und dem Vorstande Differenzen wegen des geplanten Zusammengehens der evangelisch-nationalen Arbeitervereine mit den gelben Gewerkschaften entstanden. Im Falle des Zusammengehens zwischen den beiden Verbänden verlangte der Vorstand der evangelisch-nationalen Arbeitervereine, daß auch die gelben Gewerkschaften das Koalitionsrecht anerkennen und eine diesbezügliche Bestimmung in ihre Satzungen aufnehmen sollten. Dies wurde jedoch von den gelben Gewerkschaften abgelehnt, obwohl (!) die Anerkennung des Koalitionsrecht bereits protokolllarisch von ihnen festgelegt worden war. Aus dieser Meinungsverschiedenheit entstanden dann Differenzen, die Herrn Pastor Richter zur Niederlegung seines Amtes veranlaßten.

Es erübrigt sich, über die Ausführungen des Herrn Pastors und „Großklappenzüchters“ über die Aufgaben der Arbeitervereine, denen er vorgestanden hat, ein Wort zu verlieren. Wer die Arbeiter so hintergeht, wie es dieser Mann getan hat, der hat auch ohne eigenen Rücktritt ausgespielt.

Verbands-Angelegenheiten

Zur Beachtung!

Am Schluß des Jahres laufen von einem Teil der Mitglieder die Quittungs-Bücher ab. Die Zahlstellen-Kassierer werden ersucht festzustellen, von welchen Mitgliedern die Quittungs-Bücher ablaufen und durch Angabe der Nummern und Namen der Mitglieder, schon jetzt die Ersatz-Bücher bei der Hauptkasse zu bestellen.

Wilhelm Herden, Verbandskassierer.

Zur Beachtung.

In letzter Zeit ist es wiederholt vorgekommen, daß Personen bei den Zahlstellenkassierern um freiwillige Unterstützung nachsuchten und solche auch aus den Mitteln des 12-Prozent-Fonds erhielten, trotzdem dieselben das Verbands-Quittungsbuch nicht vorzeigten, sondern nur die Erklärung abgaben, daß Buch sei im Verbandsbüro oder sonst eine Ausrede hatten.

Die Zahlstellenkassierer werden hiermit dringend ersucht, nur an solche Personen freiwillige Unterstützung aus dem 12-Prozent-Fonds zu zahlen, welche durch Vorlegung des Verbands-Quittungsbuches einwandfrei nachweisen, daß sie Mitglieder sind und die Voraussetzung für den Unterstützungsbezug gemäß der Bestimmung des § 40, Ziffer 4 des Statuts gegeben ist.

Wilhelm Herden.

Situationsbericht. In Schney, Firma E. Viebmann, ist es zur Einreichung der Kündigungen gekommen, nachdem alle Versuche, die Firma dahin zu bringen, daß auch in Schney das Koalitionsrecht nicht bestritten wird, erfolglos geblieben sind. An den Kollegen wird es liegen, dafür zu sorgen, daß jeder Bezug von Arbeitskräften nach Schney streng ferngehalten wird.

In Plankenhämer sind einige Malerforderungen eingereicht worden. Die Erklärung der Firma liegt jetzt noch aus.

Der Streik in Schwarzenbach, Firma Hilmar Kleinteich, ist für beendet erklärt worden, nachdem die Ausständigen fast restlos andere Arbeitsplätze gefunden haben. Die Sperre besteht weiter, weil die Lohnforderungen noch nicht bewilligt, bezw. die bereits im August bewilligten Forderungen, die von der Firma wieder zurückgezogen wurden, noch nicht wieder anerkannt sind. Bezug nach Schwarzenbach ist nach wie vor streng fern zu halten, bezw. ist die Sperre auch fernerhin streng zu beachten. Der Vorstand: J. A.: Joh. Schneider.

Aus unserem Berufe

Altwasser. Von der Wohlfahrtsfirma Tielsch. Wir übergeben die nachstehenden beiden Schreiben mit dem darauffolgenden Kommentar der Öffentlichkeit, damit sich jeder eine Lehre daraus ziehen kann:

Herrn . . . , Porzellanmaler. Wir erhielten Ihre Werbung vom 2. cr., worin Sie uns versichern, daß Sie

keinem Verbandsangehören. Da wir aber ganz genau wissen, daß Sie 1. St. sehr eifriges Mitglied des Porzellanarbeiterverbandes waren, ersuchen wir um Aufklärung hierüber. Wir stellen auf keinen Fall Verbandsmitglieder ein und, wie Sie wohl wissen, ist seitens des Berliner Verbandes außerdem die Wollsperrung über unsere Fabrik verhängt. Teilen Sie uns also umgehend mit, wie sich die Sache bei Ihnen verhält.

Mit Achtung

ppa. C. Tielsch & Co., G. Faust.

Herrn . . . , Porzellanmaler. Wir empfangen Ihren Brief vom 5. cr. und teilen Ihnen nun mit, daß Sie und Ihre Söhne bei uns dauernde Beschäftigung erhalten können unter der Bedingung, daß Sie nicht dem Berliner Verband angehören, in welcher Beziehung Sie uns ja bereits zustimmende Erklärung abgegeben haben. Wir setzen noch voraus, daß Sie gesund und im Besitz ordnungsmäßiger Papiere sind und haben Sie sich den hier bestehenden Einrichtungen pp. nach Maßgabe unserer Fabrikordnung zu fügen, sowie Mitglied unserer Fabrikrentenkasse und der Unterstützungskasse der vereinigten deutschen Porzellanfabriken zu werden. Ihr evtl. Wiederaustritt aus der letzteren Kasse würde auch die Auflösung des hiesigen Arbeitsverhältnisses Ihrerseits zur Folge haben. Eine Wohnung werden Sie bei Ihrem Eintreffen hier ganz sicher bekommen, da hier im Dorfe verschiedentlich Wohnungsverhältnisse vorhanden ist; außerdem können wir Ihnen auch in unseren Arbeiterhäusern eine solche zur Verfügung stellen. Bezüglich des Reisevorschusses bemerken wir, daß wir Ihnen denselben, nachdem Sie hier angetreten sind, gewähren und auszahlen werden. Teilen Sie uns gest. mit, wann Sie hier ankommen werden.

Achtungsvoll

ppa. C. Tielsch & Co., G. Faust.

Auf die „dauernde Beschäftigung“ verzichteten die engagierten Maler schon nach 5 Tagen recht gern. Sie hatten in dieser Zeit 20 Kisten Geschirr fertiggestellt. Der gemeinsame Verdienst der Maler betrug dafür 27 Mk. Wir gönnen den Sperrebrechern diese „Verdienste“. Es muß sich ja auch ganz schön leben lassen davon; dafür trägt ja der Direktor Faust weitgehendste Sorge. Denn ein billigeres Mittagessen als wie das für 20 Pfg. im Mädchenheim wird man wohl nirgends finden. Da bleibt ja noch ein ganz nettes Stümmchen übrig und wenn die Arbeiter nur zu sparen verständen, so könnte es jeder, der bei der Firma Tielsch in Altwasser arbeitet, in kurzer Zeit zu etwas gebracht haben. Man muß sich nur wundern, daß die Firma sogar schon mit Entlassung drohen muß, damit die Arbeiter in der gelben Wohlfahrtskasse bleiben. Man dachte doch bei so reichlichen Verdiensten und so billigem Mittagessen müßte jeder recht gerne und auch freiwillig die 60 Pfg. Beitrag in diese „Wohlfahrtskasse“ zahlen. Oder sollte es doch wahr sein, daß die Arbeiter nur „freiwillig“ bezahlen, weil man sie ihnen eben einfach vom Lohn abzieht?? — Unsere Mitgliedern aber möchten wir nochmals auffordern, den Satz aus dem Schreiben: „und ist seitens des Berliner Verbandes die Wollsperrung über unsere Fabrik verhängt“ überall in Porzellanerkreisen bekanntzugeben, damit es jeder erfährt und es nicht erst die Firma den Arbeitssuchenden schreiben muß.

Berlin. Zu den vertrackten Existenzen gehört der Kaufmann Bruno Bensch, der sich gestern unter der Anklage des Falsch und e Fälschung öffentlicher Urkunden vor dem Landgericht I zu verantworten hatte.

Wie die Verhandlung ergab, ist der Angeklagte ein Opfer seiner Spekulation geworden. Er betrieb früher eine große Emailfabrik, in der über hundert Arbeiter beschäftigt waren; Wagen mit seiner ehemaligen Firma, die später in andere Hände überging, verkehrten noch heute auf den Straßen von Berlin. Durch Umsicht und Fleiß schaffte er sich ein größeres Vermögen, von dessen Zinsen er ruhig und sorglos hätte leben können. Die Sucht „nach mehr“ wurde ihm jedoch zum Verberb. Er ließ sich in Bau- und Terrainspekulationen ein, von denen er sich hohe Gewinne versprach. Der goldene Regen blieb jedoch aus und eines schönen Tages erfolgte der Zusammenbruch. Er geriet in Konkurs, aus dem ihm schließlich nur das übrig blieb, was er auf dem Leibe trug. Gute Freunde, die ihn in den Tagen des Glücks umschwärmt hatten und andere, die durch ihn viel verdient hatten, wollten plötzlich nichts mehr von ihm wissen und entdeckten auf der anderen Straßenseite irgend etwas Interessantes, wenn sie ihn auf der Straße trafen.

In der höchsten Not erinnerte er sich daran, daß ihm vor langer Zeit eine Eisenbahnfahrkarte gestohlen worden war, die

dann der Dieb auf dem Bahnhof als nicht benutzt vorgewiesen und sich den Fahrpreis hatte zurückerstatten lassen. Da er völlig mittellos war, beschloß er, sich auf ähnliche Weise in den Besitz von Geldmitteln zu setzen. Er hielt sich von nun an ständig auf den Bahnhöfen auf und drängte sich an Reisende heran, von denen er nach der Art und Zahl ihrer Gepäckstücke annehmen konnte, daß sie eine weite Reise unternehmen würden. Mit einer Geschicklichkeit, mit der jeder gewerbsmäßige Taschendieb vergebens konkurriert hätte, ließ er seine Hand in die Billettasche der Reisenden gleiten, um die zum Teil teuren Billets erster und zweiter Klasse zu entwenden. Mit einem der in dieser Weise erlangten Billets suchte er dann den Stationsvorstand auf, dem er angab, er könne wegen plötzlich eingetretener Hindernisse die Reise nicht antreten. Nachdem der übliche Vermerk auf dem Billet gemacht war, ließ er sich dann den Fahrpreis an der Kasse zurückzahlen.

Da er annehmen konnte, daß die Wiederholung dieser Fälle schließlich auffallen würde, versah er die Billets in der letzten Zeit selbst mit jenem amtlichen Vermerk und erhielt in zahlreichen Fällen anstandslos den Fahrpreis zurück, bis endlich seine Festnahme erfolgte.

Die Geschworenen sprachen den Angeklagten schuldig, billigten ihm aber mildernde Umstände zu. Das Urteil lautete mit Rücksicht auf die große Zahl der Fälle und das raffinierte Vorgehen des Angeklagten auf zwei Jahre und drei Monate Gefängnis unter Anrechnung von drei Monaten der erlittenen Untersuchungshaft, sowie drei Jahre Ehrverlust.

Durch diese Verhandlung und Beurteilung wird man an den Streik der Emaillemaier von 1907 erinnert, wo der Verurteilte zu denjenigen gehörte, welche nicht imstande waren, die geringen Forderungen der Gehilfen zu bewilligen. Ja noch mehr, er fuhr von Werkstatt zu Werkstatt per Automobil und machte die Inhaber scharf, damit ja keiner bewillige. Wir sind die letzten die hierbei schließlich aus Gehässigkeit diesen Bericht, welchen alle Tagesblätter bringen, aufnehmen. Die bürgerliche Presse schreit aber bei dem geringsten Vergehen eines Arbeiters Peter und Paul über die Verwahrlosung der unteren Schichten des Volkes. Es ist deshalb wohl angebracht, wenn auch von Vorstehendem unsererseits Notiz genommen wird, denn es handelt sich um einen Unternehmer, welcher durch eigene Schuld so tief gesunken ist, während in vielen Fällen bei Arbeitern unverschuldete Not die Ursache ist, geringe Verfehlungen zu begehen und sie dann dadurch mit dem Strafgesetzbuch in Konflikt kommen. — Der Mann bekommt nun außerdem noch Gelegenheit, darüber nachzudenken, daß es anständiger ist, vom Schweiß der Arbeiter gut zu leben, als sich durch Bestehlen erstklassiger Reisender notdürftig am Leben zu erhalten.

Fraureuth. Ueber die ausgebrochenen Differenzen der Brenner und Brennhausarbeiter wurden am 28. November im hiesigen Betriebe Verhandlungen zwischen je zwei Vertretern der Unternehmer- und Arbeiterorganisationen Vereinbarungen getroffen, wo dahingehend eine Einigung erzielt wurde, daß der Herr Direktor Gütler einen neuen Akkord in zwei bis drei Wochen zu Gunsten der Arbeiter einzuführen versicherte. Auch hat noch die Direktion die Erklärung abgegeben, für die in Frage kommenden Personen dann nach Berechnung des neuen Akkordsystems den Lohnausfall vom 14. Oktober ab zur Nachzahlung zu bringen. Betreffs dieser Vereinbarung haben die Kollegen einstimmig ihre Kündigungen zurückgezogen.

In dem Falle, daß die Verhandlungen zwischen dem Verband der Brennhausarbeiter und den Kollegen schnellstens den Schritt zum Anschluß der Organisation unternehmen.

Schney. In der hiesigen Porzellanfabrik bestehen trasse Mißstände. So müssen sich die Dreher die Masse nicht nur selber schlagen, sondern auch selber holen, Formen tragen und trocknen stellen und das Geschirr zum Glühofen tragen. Eine Garderobe besteht so gut wie gar nicht. Gelehrt wird von Beheringen oberflächlich einmal in der Woche. Gescheuert wurde schon jahrelang nicht. Der Regen dringt durch die Decke der Dreherei, die Wände sind mit Schimmel bedeckt. Nun ist zwar ein Neubau errichtet worden, aber dadurch wurde die Situation für die darin beschäftigten Dreher nicht gebessert. Diese müssen nun bei jeder Witterung das Geschirr über die Straße hinweg in die alte Brennerei tragen. Eine Ventilations-einrichtung ist hier unbekannt. In der Malerei sind Lohn-reduzierungen und Strafen an der Tagesordnung. So wurden neulich 5 Malerinnen bei einer Lohnzahlung 28 Mark abgezogen. Dann wurde ein Dekor von 1,50 Mk. auf 1,35 Mk. pro Hundert reduziert und außerdem erhielten 2 Maler die Kündigungen. Wie alles einmal ein Ende hat, so auch die

sehr große Geduld der Schneyer Kollegen. Sie stellten nunmehr an die Firma folgende Forderungen: Zurücknahme der Kündigungen, der Lohnreduzierung und der Strafverfügungen, Anstellung von Personen zum Geschirr-, Masse- und Formen-tragen, wöchentliche Lohnzahlungen für alle Abteilungen, dreimaliges Kehren aller Arbeitsräume in der Woche und einmaliges Scheuern im Monat, Anbringung von Garderoben-einrichtungen und Ventilationen. Ein Teil dieser Forderungen wurde zwar bewilligt, aber die Kollegen gaben sich mit diesem Resultat nicht zufrieden. Die Zurücknahme der Kündigungen der beiden Maler erfolgte nicht, trotzdem sich das Personal bereit erklärte, falls Arbeitsmangel der Grund der Kündigungen sein sollte, beschränkt zu arbeiten. Einem deshalb nochmals vorsprechenden Kommissionsmitgliede ließ der Chef der Firma erklären, daß er für die Zahlstelle nicht zu sprechen sei und für ihn keine mehr existiere. Als darauf die bestehenden Mißstände in der Oberfränkischen Volkszeitung erörtert worden waren, kündigte der Chef die Mitglieder der Zahlstellen-verwaltung, wobei er die Veröffentlichung ein Lügengewebe nannte. Als ihm darauf eine Kommission von 2 Mann eine Verhandlung mit dem Gauleiter oder einem Mitgliede des Hauptvorstandes anbot, wies er das Angebot kurz ab. Am demselben Abend erhielten auch die zwei Kommissionsmitglieder die Kündigungen zugesandt. Nun bearbeitet der Chef der Firma unsere Verbandsmitglieder, um sie zum Austritt aus dem Verband zu bewegen. Er weist darauf hin, daß er die höchsten Preise zahle. Einem großen Teile unserer Mitglieder dürfte bekannt sein, daß dies durchaus nicht der Fall ist, daß in Schney die Verdienste äußerst gering sind. An den Kollegen in Schney wird es nun liegen, wie die Differenz weiter verläuft, denn wenn sie den Verlockungen des Unternehmers zum Opfer fallen, wenn sie dem Verbands einmal den Rücken gekehrt haben, dann ist an eine Abstellung der Mißstände nicht mehr zu denken. Die auswärtigen Kollegen aber seien darauf hingewiesen, daß über Schney die Wollsperrung verhängt ist.

Selb. Die „M. N. N.“ schreiben über die Porzellanfabrik Ph. Rosenthal & Co., A.-G. in Selb: „Wie wir aus Verwaltungskreisen hören, erzielte die Gesellschaft im vergangenen Jahre erhöhte Umsätze und Gewinne. Mit Rücksicht auf die politische Lage und das diesmal an der Dividende teilnehmende erhöhte Aktienkapital ist aber nur eine Dividende von wieder 18 Prozent wie im Vorjahre beabsichtigt.“ — Nur 18 Prozent! Während die Kompottschüssel der Arbeiter immer gefüllt ist, sind für die Aktionäre schlimme Zeiten gekommen!

Waldenburg. Aus der Porzellanfabrik. Wir glauben nicht fehl zu gehen, wenn wir einmal einige Tatsachen über die Behandlung der Arbeiter und Arbeiterinnen in diesem Betriebe der Öffentlichkeit übergeben.

So hat man z. B. hier im Brennhaus einen aus-rangierten Feldwebel als Aufseher angestellt. Dieser Better erdreißt sich mit den Arbeitern und Arbeiterinnen um-zuspringen, wie mit Hunden.

Er mag bedenken, daß allzu scharf schartig macht! Ruppige Ausdrücke wie: „Halten Sie die Schnauze“ — oder „Halten Sie die Fresse“ — sehen diesem Manne ganz ähnlich!

Eine Brennhausarbeiterin, die auch die zweifelhafte Ehre genießt, unter dem Kommando des „Herrn Feldwebels“ zu stehen, machte ihn bei einer Gelegenheit darauf aufmerksam, daß bei einem solchen Anfassen die Glasur des Tellers un-bedingt leiden müsse. Da bekam sie zur Antwort: „Sind Sie nicht, als hätte ich Sie bei der Fresse um die Fresse.“ — An der Zahl der Arbeiterinnen, die „Fachverständnis“ keines weiteren Kommentars bedürftig!

Einem jugendlichen Arbeiter, der nicht mit dem ersten Glodenschlag an seinem Plage stand, brüllte der humane Mann: „Wollte wohl laufen, du verfluchter Hund!“ — Sein Fuß traf die Ferse des jungen Menschen und der brutale Stoß trennte auch gleich ein Stück Haut von der Ferse. Wie wir hörten, hat der Vater des jungen Mannes schon die ein-leitenden Schritte zur Verhütung künftiger solcher Rohheiten getan und es würde uns freuen, wenn auch die Firma ein derartiges Vorgehen mißbilligen würde. — Dem Herrn „Feldwebel“ aber raten wir, nach Rußland zu gehen, dort kann man noch am besten solche Helden gebrauchen. — „Die Hände aus den Taschen, wenn Sie mit mir sprechen“, schrie er einen Arbeiter ins Gesicht. (Womöglich an die Hosennaht, Herr „Feldwebel außer Dienst“ nicht wahr? !)

Es ist tatsächlich schon weit gekommen mit den Kollegen und den Kolleginnen im Brennhaus bei Krister! Wie lange wollt Ihr Euch eine derart niedere und erniedrigende Be-handlung noch gefallen lassen? Eine starke gut organisierte Arbeiterschaft in einem Betriebe schafft sich derartige Gesellen

vom Schlage unseres „Feldwehels“ bald vom Halse. Darum: Seid einig! Nur Einigkeit macht stark!

Auch in anderen Abteilungen wird über schlechte Behandlung geklagt. Wir wollen sehen, ob die Herren sich in Zukunft nicht ein klein wenig manierlicher betragen. Wenn nicht, so wird man auch sie in Kürze der Öffentlichkeit übergeben müssen.

Kartelliktatur in der Porzellanindustrie. Der neu gegründete Verband deutscher Porzellanfabrikanten hat eine Aenderung der Einkaufsbestimmungen, die die alte Porzellan-konvention hatte, vorgenommen. Während unter der Herrschaft der früheren Konvention sogenannter „Bruch“ im Inlande überhaupt nicht verkauft werden durfte, hat sich der neue Verband infolge der scharfen Kritik, die an dem bisherigen Verfahren geübt wurde, veranlaßt gesehen, den Verkauf von Bruchporzellan, wenn auch in beschränktem Maße, zu gestatten. Die Beschränkung dieses Verkaufs liegt darin, daß jeder einzelne Fabrikant Bruchware zwar freihändig verkaufen darf, aber nicht mehr als für 300 Mk. im Monat an ein und denselben Abnehmer. Dieses Quantum ist sehr gering, wenn man bedenkt, daß in der Regel Großabnehmer für Bruchware in Betracht kommen. Das übrige Quantum, das die Fabrikanten nicht freihändig absetzen, wird einem Syndikat zum Verkauf überwiesen, und dieses Syndikat liefert nur an solche Firmen, die sich verpflichten, nicht von Outsiders zu kaufen. — Sehr rigoros sind die Bestimmungen über die Mindestpreise, die der neue Verband festgesetzt hat. Die Käufer müssen sich verpflichten, die Ware nicht unter einem bestimmten Mindest-nutzen abzugeben. Welchen Umfang dieser „Mindestnutzen“ hat, geht aus einer Berechnung hervor, die der Verband zur Orientierung der Abnehmer aufgestellt hat.

Kostet eine Ware 100,— Mk.

so sind hinzuzurechnen:

Verbandskosten (25 Prozent) . . . 25,— „

(3 Prozent) . . . 3,75 „

Mindestfracht (10 Prozent) . . . 12,88 „

Nutzen (40 Prozent) 56,65 „

Verkaufspreis 198,18 Mk.

Die Mindestfracht von 10 Prozent ist auch dann in Kalkulation zu stellen, wenn die tatsächliche Fracht wesentlich geringer ist. Unter einem Nutzen von 40 Prozent darf im Detail nicht verkauft werden mit Ausnahme der Geschirre, die für Hotels bestimmt sind. Wie uns aus Fachkreisen versichert wird, ist die von dem Verband deutscher Porzellanfabrikanten aufgestellte Mindestkalkulation höher als sie sonst im freien Handel üblich war, und sie bedeutet eine wesentliche Verteuerung des Porzellans und damit eine Belastung des Konsums. — Um die Outsider zu bekämpfen, läßt der Verband einen Revers unterschreiben, in dem der Käufer sich verpflichtet, Porzellan ausschließlich von Verbandsmitgliedern zu beziehen. Hiermit ist so die Verpflichtung verknüpft, Ware aus deutschen Porzellanfabriken, die dem Verband nicht angehören, nicht mehr zu kaufen. In dem Revers ist ferner vorgeschrieben, daß die Käufer „Bruchware“ selbst nicht dekorieren dürfen, und es ist eine Erklärung darüber beizufügen, welche Aufträge bei Firmen, die dem Verbands nicht angehören, zur Zeit des Abschlusses noch bestehen. Die Bestimmungen über die Mindestpreise gelten sowohl für die Händler als auch für einen Teil der Abnehmer und Malereien und Agenten. — Auch aus dem Ausland bezogene Porzellan-geschirre, die in Deutschland dekoriert sind, dürfen nicht unter den vom Verband festgesetzten Minimalpreisen verkauft werden. Falls der Verkäufer mit einem Outsider kauft, sind alle Abschlüsse seitens der Verbandsmitglieder sofort einzustellen und die Verbandsmitglieder dürfen mit dem Abnehmer neue Abschlüsse nicht machen.

Aus anderen Verbänden

Der Fabrikarbeiterverband ein politischer Verein? Die Aufwerfung dieser Frage und die Ausdehnung derselben auf die Zimmerer und Metallarbeiter in entsprechenden Beweis-beschlüssen ist das vorläufige Ergebnis der Verhandlung in drei Prozessen, die am 27. November das preußische Ober-verwaltungsgericht beschäftigten. Die Prozesse waren ange-strengt worden vom Geschäftsführer der Verwaltungsstelle Bielefeld des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands gegen den Oberpräsidenten der Provinz Sachsen, von Czerwinski, dem Vertreter der Ortsgruppe Culmbach des Zentralverbandes der Zimmerer gegen den Oberpräsidenten der Provinz West-preußen und vom Former Welzel als Vertrauensmann der

Ortsgruppe Rognau des Deutschen Metallarbeiterverbandes gegen den Regierungspräsidenten zu Bielefeld. In allen Fällen handelte es sich um von der höheren Behörde gebilligte orts-polizeiliche Verfügungen welche die Einreichung der Statuten, eines Verzeichnisses der Vorstandsmitglieder der Zweigvereine bzw. Ortsgruppen, verlangten. Die Behörden gingen davon aus, daß es sich um politische Vereine im Sinne des Reichs-vereinsgesetzes handle. In den drei Fällen war Klage erhoben worden mit der Begründung, daß politische Vereine hier nicht in Frage kämen. Die Vertreter der Kläger legten eingehend dar, daß weder die Ortsvereine politische Vereine seien, noch die in Frage kommenden Zentralverbände. Das Oberver-waltungsgericht will nun augenscheinlich gleich „ganze“ Arbeit machen. Es beschloß Beweiserhebung, nicht aber über das Vereinsleben der einzelnen, hier in Betracht kommenden Zweigstellen bzw. Ortsgruppen, sondern über den Charakter der genannten drei Zentralverbände. Es ist klar, worauf diese Beweis-schlüsse abzielen. Man will, wenn es gelingt, die Verbände als solche zu politischen stempeln und damit gleich auf einen Schlag alle Ortsvereine der Verbände treffen. Denn nach dem Standpunkte des Oberverwaltungsgerichts teilt ein Zweigverein, der zu einem politischen großen Ver-bande gehört, den politischen Charakter des Verbandes, ohne daß es in diesem Falle auf die Betätigung des Zweigvereins ankommt.

Vom Kongreß des amerikanischen Gewerkschaftsverbandes. Der Kongreß der American Federation of Labor, der vom 11. November an in Rochester, New-York, getagt hat, dürfte für die Geschichte der amerikanischen Arbeiterbewegung von großer Bedeutung sein und wieder einen Fortschritt der fort-schrittlichen Bewegung bekunden. Stärker als je zuvor, etwa 90 Mann mit 6000 Stimmen, waren die Sozialisten als Delegierte erschienen, unter ihnen M. S. Hayes, Vorsitzender des Buchdruckerverbandes, F. J. Hayes, Vizepräsident des Vereinigten Bergarbeiterverbandes, und eine Reihe Vertreter aus Kanada.

Zum erstenmal wurde auch eine planvolle Aktion großen Stils von den Sozialisten eingeleitet, die in öffentlicher Kon-ferenz unter Teilnahme des Parteisekretärs Barnes und der ausländischen Vertreter beraten wurde. Es sollten Anträge gestellt werden auf Anerkennung des Industrieverband-Prinzips, das schon in einer Reihe praktischer Fragen sich durchgesetzt hat; auf planmäßige Organisation der ungelerten Arbeiter, die nur zum kleinsten Teile organisiert sind und für deren Heranziehung die Bildung gemeinsamer Industrieverbände mit den Gelernten die Voraussetzung bilden würde; Einführung der demokratischen Forderungen: Initiative, Referendum und Beamtenabberufungsrecht, die jetzt einen Staat nach dem anderen erobern, in die Verfassung der Gewerkschaften. Ferner sollte der Bericht der konservativen Verbandsleitung, Compers und Genossen, einer scharfen Kritik unterzogen und zum ersten-mal auch eine sozialistische Vorschlagsliste als Oppositions-Ticket für die Beamtenwahl aufgestellt werden.

Erster ausserordentlicher Genossenschaftstag. Am 25. No-vember wurde in Hamburg der erste außerordentliche Ge-nossenschaftstag in Anwesenheit von etwa 400 Delegierten ab-gehalten. Er wurde einberufen um Aenderungen an den Satzungen des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine vor-zunehmen. Die wesentlichsten Aenderungen des Statuts be-ziehen sich auf die Zusammensetzung des Vorstandes, die Wahl der Vorstandsmitglieder und vier nicht besoldete Vorstands-mitglieder bestimmt werden, daß außer den bereits angeschlossenen, weitere Produktionsgenossenschaften nicht zugelassen werden, daß die Genossenschaften gehalten sind, Mitglied der Verlags-gesellschaft zu sein. Ferner wird ein 120 Personen um-fassender Generalrat als Vertretung des Zentralverbandes ge-schaffen. Die Beschlüsse des Genossenschaftstages haben für die Vereine bindende Kraft und gelten nicht, wie bisher, bloß als Rat- und Empfehlung. Am 26. November fand die gründende Versammlung der Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine m. b. H. statt.

Eine ganze Streikversammlung verhaftet. Die streikenden Metallarbeiter der Firma Mundlos & Co. in Magdeburg wollten am 7. November, früh, im „Weißen Hirsch“ eine Ver-sammlung abhalten, in der der erste Bevollmächtigte des Metall-arbeiterverbandes, Reichstagsabgeordneter Genosse Brandes, einen Situationsbericht über den Streit zu geben beabsichtigte. Es sollte dazu nicht kommen. Kurz vor Eröffnung der Ver-sammlung erschien ein Polizeikommissar mit etwa 30 Schutz-leuten, um die sämtlichen Versammlungsbesucher zu fästieren. Zu diesem Zweck stellte sich der Polizeikommissar auf einen

Stuhl und hielt eine kurze Ansprache: In der letzten Zeit seien wiederholt Belästigungen der Arbeitswilligen vorgekommen. Es bestehe der dringende Verdacht, daß sich Streikende daran beteiligt hätten. Um die Schuldigen zu ermitteln, sei er beauftragt, alle in dieser Versammlung anwesenden Personen festzunehmen. Er ersuche jeden einzelnen, den Polizeibeamten ruhig nach dem Polizeirevier zu folgen. Die Unbeteiligten würden sofort wieder freigelassen. Sämtliche Ausgänge des Lokals waren vorher mit Polizeibeamten besetzt worden, so daß niemand ungehindert hinaus konnte. Genosse Brandes forderte die Versammlungsteilnehmer auf, dem polizeilichen Machtgebot zu folgen und ruhig mitzugehen. Nunmehr wurden in Trupps von je etwa 40 Mann die Versammelten — es waren ihrer ungefähr 400 — nach der Polizeiwache gebracht. Von der Sistierung des Genossen Brandes nahm man Abstand.

Man darf wohl erwarten, daß der Magdeburger Polizei dieser grobe Eingriff in das freie Versammlungsrecht nicht ungerügt hingehet. Auch dieser Vorgang zeigt, welche seltsamen Blüten schon heute der „Arbeitswilligenschuß“ treibt.

Wagenmangel und Feierschichten im Rh.-in-Ruhrgebiet. Der Bergarbeiterverband hat am 24. November an den Eisenbahnminister eine Eingabe gerichtet, in der er die verhängnisvollen Folgen des Wagenmangels für die Bergarbeiter schildert. Auch im preußischen Abgeordnetenhaus kam diese Angelegenheit durch eine Interpellation zur Sprache. Es vergeht im Ruhrrevier kein Tag, wo die Bergarbeiter, sofern sie noch zur Anfahrt zugelassen werden, auf den verschiedensten Zechen nach wenigen Stunden, aber auch sofort wieder ausfahren müssen, weil die erwarteten Waggons ausgeblieben sind. Täglich kommt es vor, daß die Bergarbeiter stundenlang untätig in der Grube verweilen, weil immer noch gehofft wird, daß Waggons eintreffen. Diese Hoffnung erweist sich in den meisten Fällen als trügerisch, und es müssen dann die Bergarbeiter doch noch nach stundenlangem vergeblichen Warten ausfahren. Auf mehreren Zechen im Ruhrrevier werden nur zwei volle Schichten in der Woche verfahren. Nach den amtlichen Mitteilungen haben bis zum 1. Dezember 433 791 Wagen gefehlt. Der Wagen faßt 10 Tonnen, der Preis pro Tonne beträgt im Durchschnitt etwa 10 Mk., so daß durch den Wagenmangel ein Förderausfall von 43 379 100 Mark entstanden ist. Der Lohnanteil der Bergarbeiter macht pro Tonne nach den amtlichen Feststellungen etwa 5 Mark aus. Hiernach würde den Ruhrbergleuten bis zum 1. Dezember ein Lohnausfall von 21 685 950 Mark entstanden sein, von welcher Summe allein 11 000 000 Mark auf den Monat November entfallen. Der November-Lohn wird nach den im Bergbau bestehenden Gepflogenheiten im Dezember, in den Tagen vor Weihnachten ausbezahlt, so daß die Bergleute zu dem christlichen Festesfest mehr als 10 Millionen Mark Lohn weniger erhalten, als ihnen unter normalen Umständen zustäme. Die Festesfreude wird dieser Lohnausfall wohl sicherlich nicht erhöhen. Die Unternehmer haben sich zum Teil durch eine Preiserhöhung der Kohle von 1 Mark pro Tonne schadlos gehalten.

Verschmelzungsbestrebungen der englischen Trades Union. England, als die Wiege der Gewerkschaftsbewegung, weist keineswegs die Geschlossenheit der Organisationen auf, wie sie in Deutschland zum großen Vorteil für die Arbeiter vorhanden ist. Englands Gewerkschaftsbewegung zählt zirka 1150 selbstständige Organisationen mit nicht ganz 2 500 000 Mitgliedern, während in Deutschland bis jetzt gleich viel Mitglieder der zehn Gewerkschaften (auf 10 150 000) Organisationskraft haben. Nebenbei bemerkt, ist das Fehlen der Gewerkschaftspressen in England auf diese Zerplitterung zurückzuführen. Die wenigsten englischen Gewerkschaften kennen eine regelmäßig erscheinende Zeitung, sondern es begnügen sich sogar die größten unter ihnen mit der gelegentlichen Herausgabe kurzer gedruckter Mitteilungen und Geschäftsberichte.

Die Konzentration des Kapitals, das Ueberhandnehmen der Unternehmerorganisationen auf zentraler Grundlage bewirken aber doch, daß allmählich auch die Arbeiter danach trachten, die Macht ihrer Gewerkschaften durch den Zusammenschluß der Berufsorganisationen bzw. durch die Angliederung berufsverwandter Organisationen zu stärken.

In diesem Sinne ist 1910 vom Kongreß der englischen Gewerkschaften in Sheffield in einer Resolution von seinem parlamentarischen Komitee gefordert worden, daß es sich mit allen Trades Unions des Landes in Verbindung setze, um deren Ansichten über die Verschmelzungsfrage zu hören und dann einem späteren Kongreß einen Entwurf für Vereinigung von Gruppen in Industrieverbände vorzulegen. Der nächste Kongreß beauftragt dann das parlamentarische Komitee, die Gruppen der verschiedenen Industrien zwecks Beratung der Verschmelzung

zusammenzuberufen, denn in der Zwischenzeit hatten die erfolgten Kämpfe den Arbeitern die Geschlossenheit der Unternehmerverbände erneut und besonders deutlich zu erkennen gegeben, daß auch ihr Zusammenschluß zur unerläßlichen Notwendigkeit werde. So kam die Verschmelzungsfrage in ein lebendigeres Fahrwasser, sie wurde in den Versammlungen besprochen und vereinzelt ist es bereits zu anbahnenden Beschlüssen gekommen.

Von der Gruppe der Gewerkschaften des Bauwesens, für welches 71 Verbände mit 157 800 Mitgliedern bestehen, hat im April dieses Jahres in London eine Konferenz stattgefunden, auf der zwar nicht alle Organisationen vertreten waren, die aber unter Bezugnahme auf die vorerwähnten Kongreßbeschlüsse ein Komitee einsetzte, dessen Aufgabe es sein soll, die Verschmelzungsfrage weiter zu fördern.

Es kann allerdings nicht erwartet werden, daß die englischen Trades Unions von heute auf morgen mit ihrer ein Jahrhundert alten Tradition brechen, aber es sind doch sichere Anzeichen vorhanden, die darauf schließen lassen, daß die englischen Arbeiter ihren wirtschaftlichen Organisationen eine Gestalt geben, die sie dem Kapital gegenüber widerstandsfähiger macht. Wenn in diese neuen Formen auch ein neuer Geist einzieht, nämlich die auf dem Klassenbewußtsein begründete internationale Solidarität, dann wird der Fortschritt der englischen Arbeiterbewegung ein vollständiger, rascher zum Ziele führender sein.



Reiseplaudereien.

Von Ad. Thiele.

VI. Algier.

Es ist nicht Einbildung, daß über Länder und Städte am Mittelmeer ein merkwürdig warmer Ton ausgegossen ist, der sich nicht schildern, nicht zergliedern läßt, der aber dem Gelände einen Reiz verleiht, welcher die berückende Anziehungskraft erklärlich macht, die das Mittelmeer und seine Uferländer auf jeden ausüben, der ihre Schönheiten einmal gekostet hat. Auch die bereits älteren Knaben, zu denen, wie du weißt, ich mich rechnen muß, können sich dem seltsamen Zauber nicht entziehen. Und jetzt, als wir von Spanien aus das Mittelmeer durchkreuzten, um nach Algier zu gelangen, überkam mich, der sich auf seinen Mangel an Veranlagung zur Schwärmerie immer etwas eingebildet hat, dieselbe schwärmerische, romantische Stimmung, die mich vor einigen Jahren besiel, als ich von Konstantinopel aus über das sonnendurchflutete Marmarameer und an der Küste Kleasiens entlang fuhr. Ungewollt und ungerufen stiegen einem da Sentenzen und Stellen aus Goethes römischen Elegien auf die Zunge.

Auch unsere nördlicheren Breiten haben ihre besonderen Schönheiten. Doch sie sind so verdammt tugendhaft und moralisch. Dort unten lockt die Lust, die Liebe, was der Moralkodex Sünde nennt. Das ist amüsanter als die Tugendboldigkeit. Das lebhaftere, zu allerlei Exaltationen geneigte Temperament der Spanier, Südfrenzen und Italiener ist nur der Niederschlag ihrer Außennatur, die angefüllt ist mit verhaltener Blut. Wie die ungleich feurigeren Weine der Südländer zu verhalten, so verhalten sich die südländischen Menschen zu unserer prosaischen, besonnenen, beschränkten Natur. Ein Strahl der südländischen Lebhaftigkeit sprang auch auf unser Schiff über. Es war eine wunderbar milde, sternentleere Nacht und der Mond blinzelte verstoßen, als der Kapitän des Dampfers einen Ball auf dem breiten Hauptdeck arrangierte. Unter Vorantritt der Schiffskapelle führte er die Polonäse an und bei dem geschmeidigen Straußwalzer von der schönen blauen Donau bewegten sich die tanzenden Paare auf dem schönen blauen Mittelmeere noch lebhafter und ungezwungener als in einem parlettierten Festsale.

Wieder stieg die Sonne in gewinnender Pracht aus dem Meere auf. Der Dampfer hatte sich dem afrikanischen Ufer bereits soweit genähert, daß die scharfen Konturen der hochauftretenden Küstengebirge — der Atlas der Alten, wo der Riese stand, der die Erde auf seinen Schultern trug — deutlich sichtbar waren. Acht Stunden lang fuhr das Schiff in zehn bis zwölf Kilometer Entfernung am Ufer hin, das ziemlich dicht bestedelt ist, oft anmutige Szenerien aufweist, aber da und dort auch jäh zerklüftete Abstürze nackter Felsnasen zeigt.

Da öffnet sich der breite, tiefe und sichere Hafen von Algier. Es ist ein reizvoller Anblick, den die an das Kilometer-

breite Salbrund des Hafens sich schmiegende und bis auf die Höhe der dahinter liegenden Bergreihe emporletternde Stadt gewährt. Oben auf der Kasbah werden Befestigungen bemerkbar, doch nicht aufdringlich wie in Gibraltar. Moscheen und Kirchen liegen verträglich nebeneinander. So schickt sich's. Denn ob die Gläubigen zu Allah oder zum Christengotte beten, der Zweck dieser Gebäude ist ja doch der gleiche.

So unvermittelt stoßen Abendland und Morgenland wohl nirgends mehr aufeinander wie in Algier. Man könnte zum Vergleiche Kairo anziehen. Doch dort überragt im Straßenleben der arabisch-afrikanische Typ, während in Algier beide Lager etwa gleich stark sind und eine breite Mittelschicht beigemischt ist, von der man nicht weiß, ob man sie dem Abendlande oder dem Morgenlande zuzählen soll.

Die untere Stadt hat allgemach einen völlig europäischen Charakter angenommen. Fünf- und sechsstöckige Häuser, deren Fenster bis in die höchsten Etagen mit grünen Jalousien versehen sind und die in der vollen Breite ihrer Straßenfront in allen Stockwerken Balkons tragen, flankieren die breiten, jetzt zumeist leiblich gepflasterten Straßen. Den Mittelpunkt des eleganten Lebens bilden der Boulevard und der Place de la Republique. Hier stehen auch die eleganten Hotels und feinen Restaurants, in denen man bei nicht zu teuren Preisen gut aufgehoben ist. Die herrschende Sprache ist natürlich die französische; doch auch Unterhaltungen in deutscher, englischer, spanischer und italienischer Sprache schlagen an unser Ohr, ein internationales Nest, das allerdings die 100 000 Einwohner schon weit überschritten hat und in lebhafter Entwicklung begriffen ist.

Könnte der untere Teil der Stadt ebenso zu Granada, Marseille oder Neapel gehören, so ändert sich das Bild sofort, wenn wir von dem westlichen Ende des Place de la Republique aus, an dem sich ein kleiner Hain von Dattelpalmen befindet, in die innere Stadt eindringen oder noch besser die Straße von Hunderten von Steinstufen emporklettern, die durch die arabische Stadt nach der Kasbah in die Höhe führt. Ein gewissenhafter Statistiker hat nachgezählt, daß es 498 Stufen sind. In unendlichen Krümmungen und verwegenen Windungen steigen die Stufen an, unterbrochen von gepflasterten Wegstrecken, deren Beschaffenheit jeder Beschreibung spottet.

Es ist Sonntag nachmittag. Du merkst nichts davon. In den Türen der nach der engen Straße zu offenen Läden sitzt der Flickschuster bei der Arbeit, formt der Pastetenbäcker unter Mitwirkung einer Wolke von Fliegen seine Backwerke, feilt der Schlosser an einem Schlüssel, näht der Tapezierer an einer Matratze, lackiert der Schreiner einen Schrank und röstet der Händler seine Maiskolben, Oliven, Datteln, Seefische oder Kastanien. Die Luft ist erfüllt von einem Gemisch von Gerüchen, die dir den Atem rauben und links und rechts an der an manchen Stellen kaum zwei, drei Meter breiten Straße sitzen, liegen, stehen, hocken, lauern Männer, Weiber, Kinder, daß du manchmal deine liebe Not hast, keinem auf den Bauch zu treten. Die meisten tragen den bequemen roten Fez auf dem Kopfe, manche den faltenreichen Turban; die Frauen sind nicht bemüht, ihr Reize zu verdecken, namentlich tun die das nicht, die keine Reize mehr zu verhüllen haben. Und über das alles ist ein so urwüchsiger Schmutz gebreitet, daß du mit Schauern der Legionen von kleinem Schwarz-, Rot- und Grauwild gedenkst, die in den Tristen der ungekämmten Haarwildnisse weiden mögen. Hundert enge, dunkle Gäßchen zweigen an den Seiten ab. Wie mag es erst dort aussehen, wenn schon die Hauptstraße so beschaffen ist.

Endlich haben wir uns hindurch gearbeitet und da uns unbeschreibliche Gemenge von Nationalitäten, Stämmen, bunten Trachten und Gerüchen. Es war sehr interessant; aber du trägst kein Verlangen, den Weg sofort noch einmal zurückzulegen. Das war unverfälschtes Morgenland.

Versammlungs-Berichte etc.

Althaldensleben. Im Versammlungsbericht hiesiger Zahlstelle in Nr. 48 der Umschau steht irrtümlich, daß im Karlsruher Betriebe von verschiedenen Kollegen die Ruhepausen nicht eingehalten werden. Das trifft nicht zu. Gemeint war die Firma Herm. Müller, früher Theodor Zabel.

Arzberg. Der am 28. November im Konsumvereinslokale von der Zahlstelle der Porzellanarbeiter arrangierte Rezitationsabend war der hiesigen Arbeiterbewegung entsprechend leider sehr schwach besucht. Wir bedauern lebhaft, daß nicht der größte Teil der hiesigen Arbeiterschaft diesen Vortragsabend zu besuchen Gelegenheit hatte. Der minimale Eintritt dürfte es einem jeden ermöglicht haben. Bezeichnend ist, daß noch viele Einwohner nicht wissen, was Rezitation ist und aus

dem Grunde kein Interesse für diesen Abend zeigten. Zugestanden muß werden, daß alle Anwesenden befriedigt wurden, sowohl der humoristisch Veranlagte, sowie der nach Bildung Strebende kamen auf ihre Rechnung. Genosse Langen verstand es vorzüglich in der Wahl seiner Vorträge die Gemüter in Spannung zu versetzen, sowie in der Ausdrucksweise zu befriedigen. Wir wünschen Genossen Langen ein recht großes und reges Arbeitsfeld, um mit seinen Vorträgen eindringen zu können in die kleinen Winkel ländlicher Bezirke zum Vorteil unserer heutigen Arbeiterbewegung.

Elmsborn. Der von der hiesigen Zahlstelle veranstaltete Rezitationsabend des Genossen Langen war von den Mitgliedern zahlreich besucht. Genosse Langen verstand es, durch ernste sowie heitere Vorträge die Anwesenden mehrere Stunden lang auf das Angenehmste zu unterhalten, wovon der fortwährende stürmische Beifall Zeugnis ablegte.

Grossbreitenbach. In der am 25. November abgehaltenen Versammlung gab der Kassierer den Abschluß vom 3. Quartal bekannt. Einnahme und Ausgabe betrug 239,85 Mk. Im 12%-Fonds ist ein Bestand von 4,98 Mk. zu verzeichnen. Der Mitgliederbestand beträgt 72. Wegen Restieren der Beiträge mußte gestrichen werden: Otto Fröhlich, Heinrich Böttner, Carl Höfner und Louis Wagner. Beschlossen wurde, die nächste Generalversammlung am Sonntag, den 15. Dezember, nachmittags 3 Uhr im goldenen Hirsch abzuhalten. In dieser Versammlung soll bei gutem Besuch Stellung zur Lichtgeldfrage genommen werden.

Langewiesen. Die am 1. Dezember abgehaltene Jahresversammlung hatte sich eines überaus starken Besuches zu erfreuen. Als erster Punkt wurde der Kartellbericht gegeben; anschließend daran gab der Vorsitzende den Jahresbericht. Die Zahlstelle erledigte ihre Geschäfte in neun Versammlungen. Der Mitgliederbestand am Schlusse des vierten Quartals 1911 betrug 54. Im Jahre 1912 sind beigetreten 16 Mitglieder, zugereist 4, Summa 74. Gestrichen wurden 2, abgemeldet 2, abgereist 2, bleibt ein Mitgliederbestand von 68, darunter 4 weibliche. Der zweite Punkt der Tagesordnung betraf die Neuwahl und wurde die Gesamtverwaltung bis auf den langjährigen Kassierer diesmal neu gewählt. Nach Erledigung verschiedener interner Verwaltungsangelegenheiten wurde die Versammlung mit einem Appell an die Kollegen, die Versammlungen in kommenden Jahren regelmäßig zu besuchen, um 7 Uhr geschlossen.

Leipzig. Unsere letzte Versammlung am 9. November war leider wieder mal sehr schlecht besucht. Es waren ganze 6 Mann anwesend, was ja leider bei uns üblich ist. Man kann es nicht begreifen, wie unter den heutigen Verhältnissen die Kollegen eine solche Gleichgültigkeit an den Tag legen können, denn die Arbeitsverhältnisse sind hier im Durchschnitt noch lange nicht die besten. Wir möchten den Kollegen dringend raten, die nächste Versammlung, welche am 14. Dezember stattfindet, zu besuchen. Es kommen ganz wichtige Punkte zur Behandlung.

Sterbetafel.

Frankfurt a. M. Katharine Fischer, Fabrikarbeiterin, geb. 21. März 1891 in Chodau b. Karlsbad, gest. 31. Oktober in Flörsheim a. M. durch Ermordung.

Waldenburg. Robert Bogel, Dr. (Invalide), geb. 3. Juni 1854 in Bockau, gest. 29. November 1912 in Hirschberg, an Lungenverfälschung.

Ehre ihrem Andenken!

Versammlungs-Anzeigen

Althaldensleben. Sonnabend, 14. Dezember, 8 Uhr, b. W. Peters Gasthaus „Zur Post“, Verwaltungswahl.

Annaburg. Sonnabend, 14. Dezember, 8 Uhr, bei Beck. Verwaltungswahl.

Arzberg. Sonnabend, 14. Dezember. Verwaltungswahl.

Berlin. Sonnabend, 14. Dezember, 8 1/2 Uhr, Zahlstellenversammlung, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15. Neuwahl der Verwaltung.

Bonn. Sonntag, 15. Dezember, 7 Uhr, im Volkshaus, Sandkaule 18. Verwaltungswahl.

Frankfurt a. M. Sonntag, 15. Dezember, Generalversammlung bei Wartmann am Gröden, Neugasse.

Leipzig. Sonnabend, 14. Dezember, 8 1/2 Uhr, Figurenbranche, b. Walbers. — Sonntag, 15. Dezember vormittags 10 1/2 Uhr, b. Schmitz, Jahnstr. 84, außerordentliche Generalversammlung. Verwaltungswahl.

Elgersburg. Sonnabend, 14. Dezember, im Kaiserhof. Verwaltungswahl.

Elmsborn. Sonnabend, 14. Dezember, bei Hinrichs, Peterstr. 11. Verwaltungswahl.

Frankfurt a. M. Sonnabend, 14. Dezember, 8 1/2 Uhr, b. W. Remm, Große Rittergasse 56. Generalversammlung.

Fraureuth. Sonnabend, 14. Dezember, 8 Uhr, bei August Bollstädt, Generalversammlung. Verwaltungswahl. Bibliothekbücher sind mitzubringen.

Freienoria. Freitag, 13. Dezember, im Saaltal, Naschhausen. Bibliothek- und Quittungsbücher sind mitzubringen.

Gera. Sonnabend, 9 Uhr, im Reßler'schen Gasthof. Verwaltungswahl.

Gräfenenthal. Sonntag, 15. Dezember, 8 Uhr, im Schießhaus. Verwaltungswahl.

Grossbreitenbach. Sonntag, 15. Dezember, 3 Uhr, im „Goldnen Hirsch“. Verwaltungswahl.

Grünhain. Sonnabend, 14. Dezember, 8 1/2 Uhr, im Vereinslokal, „Goldhahn“. Verwaltungswahl.

Hamburg. Montag, 16. Dezember, im Gewerkschaftshaus, 1. Stock, Kleiner Saal.

Ilmenau. Sonnabend, 14. Dezember, 9 Uhr, im Vereinslokal. Verwaltungswahl.

Karlsruhe. Sonnabend, 14. Dezember, 8 Uhr, in der Gambrinus-halle, Generalversammlung. Verwaltungswahl.

Kolmar i. P. Sonnabend, 14. Dezember, bei M. Kelm. Verwaltungswahl.

Kleindembach. Mittwoch, 18. Dezember, 6 Uhr, im Stern, Generalversammlung. Bibliothekbücher mitbringen.

Leipzig. Sonnabend, 14. Dezember, 8 1/2 Uhr, im Volkshaus.

Ludwigsstadt. Sonntag, 15. Dezember, 2 Uhr, bei Franz Wachter in Ebersdorf.

Mannheim. Sonnabend, 14. Dezember, 8 1/2 Uhr, bei Ww. Kitzinger, S. 7. 24. Verwaltungswahl.

M.-Gladbach. Sonnabend, 14. Dezember, 8 1/2 Uhr, b. P. Heinen, Wallstr. Verwaltungswahl. Die Kollegen von Biersen wollen zahlreich erscheinen.

Mitterteich. Sonnabend, 14. Dezember, im Bayr. Hof. Generalversammlung.

München. Sonnabend, 21. Dezember, 8 Uhr, im goldenen Lamm-Zweigstr. Verwaltungswahl.

Neuhaldensleben. Sonnabend, 14. Dezember, 8 1/2 Uhr, in Herzogs Festhän. Verwaltungswahl.

Nürnberg. Sonnabend, 21. Dezember, im Gewerkschaftshaus, Generalversammlung. Verwaltungswahl.

Plaue. Sonntag, 15. Dezember, 3 Uhr, im Gasthaus zum Adler, Generalversammlung. Wichtige Tagesordnung.

Potschappel. Sonnabend, 14. Dezember, 4 1/2 Uhr, im Hirsch. Verwaltungswahl.

Rauenstein. Montag, 16. Dezember, 5 1/2 Uhr, bei R. Müller (Holle). Verwaltungswahl. Bibliothekbücher mitbringen.

Rheinsberg. Sonnabend, 14. Dezember, 8 1/2 Uhr, bei Böker's. Verwaltungswahl.

Röslau. Sonntag, 22. Dezember, 8 Uhr, bei Mich. Müller. Verwaltungswahl.

Schwarzenberg. Sonnabend, 14. Dezember, 8 Uhr, im Hotel Wettinerhof. Generalversammlung.

Stadtilm. Sonnabend, 14. Dezember, 8 1/2 Uhr, im Schießhaus, Generalversammlung. Verwaltungswahl.

Spandau. Sonnabend, 14. Dezember, Pichelsdorferstr. 5. Verwaltungswahl. Bibliothekbücher mitbringen.

Teltow. Freitag, 18. Dezember, 8 Uhr, Generalversammlung. Verwaltungswahl. Bibliothekbücher sind mitzubringen.

Unterpörlitz. Sonnabend, 14. Dezember, 8 1/2 Uhr, im Gasthof zur Sonne, Generalversammlung. Verwaltungswahl. Vortrag.

Uegesack. Sonnabend, 21. Dezember, 8 1/2 Uhr, bei Friedrichs.

Zell a. H. Sonnabend, 14. Dezember, 8 Uhr, in der Blume. Generalversammlung. Verwaltungswahl.

Charlottenburg. Sonnabend, den 14. Dezember findet unsere Zahlstellenversammlung statt. Diese beginnt laut Versammlungsbeschluss punkt 1/2 9 Uhr. Zahlreiches Erscheinen aller Kollegen ist dringend nötig. Verwaltungswahl. Wir ersuchen die Mitglieder, den Versammlungsbeschluss für diese und die folgenden Versammlungen zu beachten. Die Verwaltung.

Preis der 2 gespaltenen
Beitrag 80 Pfennig

Geschäfts-Anzeigen

Vorauszahlung
ist Bedingung

Achtung! Goldabfälle Achtung!

wie Goldasche, Goldschmiere, Lappen, Pinsel sowie alle goldhaltigen Sachen kauft bei diskreter, schneller und reeller Zahlung zu höchsten Preisen bei franko Lieferung

H. Langhammer, Schedewitz b. Zwickau Sa.,
Bergstraße 4.

Goldschmiere, Goldflaschen und alle in der Vergolderei vorkommenden Abfälle kauft bei pünktlicher reeller Bedienung **Oskar Rottmann, Stadtilm i. Thür.**

Goldschmiere, verdicktes Glanzgold und sonstige goldhaltigen Sachen kauft stets zu höchst. Preisen bei pünktlicher und reeller Bedienung. Man verlange Prospekte. **Emil Böhme, Eisenberg S.-H.** Aeltestes Geschäft dieser Art. NB. Empfehle ff. Glanzgold. 10 Gr. 3,50 Mt.

Goldschmiere, sowie goldhaltige Lappen, Pa-Flaschen usw., laufe jeden Posten und bezahle nach dem Aus-schmelzen das Gramm Feingold bis 2,86 Mt. Höchste Preise bei so-fortiger Kasse und reeller Bedienung. Großer Umsatz, daher höchste Preise. Schriftliche Anerkennungen für reelle Bedienung.

M. Köhler, Dresden-H., Gerichtsstraße 8, 2 Tr.

Alle Gold-, Platin- und Silber-Abfälle

Zahle
will
grossen
Umsatz
höchste
Preise



Edel-
Metall-
Schmelze
Gegründet
1896

Otto Seifert, Zwickau S.
Osterwöhrstrasse 32.

Gold- und Silberscheide-Anstalt von Max Haupt,
Dresden-H., Börsenplatz 17

Goldschmiere

sowie goldhaltige Asche, Lappen, Stupfer, Pinsel, Paletten, Röpfe, Glaschen usw. werden ausgeschmolzen und das Gramm Feingold bis 2,86 Mark angekauft. — Schnelle reelle Bedienung.

Goldschmiere, Goldlappen u. Asche

aller goldhaltigen Sachen

kauft bei reeller und pünktlicher Zahlung stets zu den höchsten Preisen **Karl Fränzel, Potschappel** bei Dresden, Weißeritzstraße 7.

Platinabfälle,

so wie alle goldhaltigen Sachen, Pinsel, Asche usw. werden ausgeschmolzen, auf Feingehalt probiert und zu den üblichen Preisen angekauft. Sendungen werden schnell erledigt. Auch kann Feingold, gewalzt, von mir für 2,81 Mt. pro Gramm bezogen werden.

H. Haupt, Dresden-H., Gneissaustr. 6.

Goldschmiere, Goldlappen, Goldasche,

und sonstige goldhaltige Sachen kauft stets zu höchsten Preisen bei pünktlicher und reeller Bedienung

Martin Kaufmann, Zwickau i. S., Bahnhofstr. 14.

Herausgeg. v. Verbands der Porzellan- u. verw. Arbeiter u. Arbeiterinnen
Redaktion: Karl Eberhardt, Charlottenburg, Wallstr. 95.
Verlag: Wilhelm Herden, Charlottenburg, Köfenerstr. 8.
Druck von Otto Goerke, Charlottenburg, Wallstraße 22.

Arbeitsgesuche u. Arbeits-
angebote kostenlos

Arbeitsmarkt

Offerten-Beförderung nur
bei Porto-Einzufügung

Maler, tüchtig in Rand und Schrift, auch in Militärartikel firm, sucht sofort Stellung. Gefl. Offerten unter A. M. an die Redaktion der Aneise erbeten.

Tücht. Unterglasurmaler, flotter Schablonierer, sucht per sofort Stellung. Offert. unter B. R. an die Aneise erbeten.

Anzeigen

Düsseldorf. Achtung Schildermaler! Wir ersuchen hierdurch, alle Zuschriften und Anfragen, welche diese Branche betreffen, an die obige Adresse, Pichelsdorferstr. 5, 2 Tr. zu senden.

Könitz. Sämtliche Zuschriften an die hiesige Zahlstelle wolle man an den Unterzeichneten richten. Den auswärtigen Mit-gliedern zur Kenntnis, daß ich Unterstützung nur auszahlte an Wochen-tagen von 12 bis 1 Uhr und abends von 1/2 7 Uhr ab, Sonntags von 12 bis 2 Uhr.
Gustav Köppler, Mt., Bahnhofstr.

Schedewitz. Alle Zahlstellenverwaltungen sind darauf auf-merksam gemacht, daß das Quittungsbuch für den Porzellanreher Karl Jegen in Schedewitz liegt. Der Kassierer.

Quittung. Für das franke Mitglied Reismann gingen folgende Beiträge ein von den Zahlstellen:

Rheinsberg 10,—. Sophienau 2,50. Rudolfstadt 7,—. München 10,—. Biegnitz 1,50. Waldfassen 5,—. Stadtilm 5,—. Scheibe 10,—. Kahla 5,—. Hermsdorf 3,—. Magdeburg 5,—. Gernersheim 10,—. Fraureuth 5,—. Goldlauter 3,—. Mannheim 3,—. St. Georgen 5,—. Elmsborn 5,—. Charlottenburg 5,—. Ahlen 5,—. Neuhaldensleben 3,—. Bonn 3,—. Spandau 5,—. Schwarz 6,—. Langewiesen 5,—. Unterföblich 5,—. Aluma 3,—. Volkstedt 5,—. Elz b. Limburg 5,—. Gera, Herzgt. 5,—. Gotha 10,—. Wunsiedel 4,—. Annaburg 3,—. Von Kollegen in Scheibe 6,—. Summa 178,— Mt. Die Sammlung ist geschlossen. Allen Gebern besten Dank. Zahlstelle Kranichfeld.